



Typisch für viele Orte in der Grenzregion: In der malerischen Altstadt von Salzwedel verfallen neben einigen Schmuckstücken viele Häuser.



Matthias Ströhlein betreibt das Hotel zur Post in Nordhalben. Bei ihm kostet die Übernachtung halb so viel wie in Hof oder Coburg.

Die neuen Grenzen

VON CARLO EGGELING

Lüneburg. Matthias Ströhlein hat ein Schicksal, das viele kleine Unternehmer quält: Ein Nachfolger ist nicht in Sicht. Der Koch betreibt in Nordhalben im Frankenwald das Hotel Zur Post. In dritter Generation. „Die Auslastung liegt bei 18 Prozent, in der Berufsschule habe ich mal gelernt, unter 50 Prozent lohne es nicht.“ Sein Vater habe 1000 Übernachtungen gehabt, er noch 750. Der Einbruch kam mit der Wende, die Gäste aus Berlin, die die erste Station hinter der Grenze ansteuerten, kamen nicht mehr. An diesem Abend hat der 48-Jährige eine neunköpfige Wandergruppe, die nimmt auch zum Essen Platz. Das lohnt sich. Doch es sind meistens Tagesgäste. Die Wirte und der Tourismusverband bieten einen Gepäckservice an, der Koffer und Rucksäcke von Haus zu Haus fährt, um attraktiver zu werden.

Knapp drei Wochen bin ich an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze mit Rad, Bahn und Bus entlang gereist, von Hof in Bayern bis zum Priwall an der Ostsee. Die mörderische Teilung ist zu Ende. Doch das Land hat sich wieder geteilt: in Städte und die Provinz. Die Provinz findet sich überall. Während die einen mit Leidenschaft, überspitzt gesagt, über eine gendergerechte Toilette diskutieren, kämpfen die anderen darum, überhaupt ein Gasthaus, eine Schule zu haben, in der die Toilette steht.

100 Häuser stehen leer

Nordhalben ist ein Ort der kämpft. In einer Art Kooperative haben die Bürger den Supermarkt gerettet, der Ende 2010 schließen sollte. Sie haben ein mit Holz befeuertes Heizkraftwerk gegründet, Bürgermeister Michael Pöhnlein fungiert auch als Makler, der das Ziel hat, neue Bürger zu locken. 100 Häuser stehen leer, in 125 sind die Menschen älter als 75 Jahre. 1630 Einwohner zählt der Ort.

Aber was machen mit den Gebäuden für die Kanalisation, die auf doppelt so viele Bewohner ausgelegt ist? 46 Mädchen und Jungen besuchen die Grundschule. Was tun, wenn es vielleicht bald zehn weniger sind? Schließen und damit noch ein Argument streichen, das für ein Leben junger Familien auf dem Land spricht? Wie reagieren, wenn die Ärzte aus Altersgründen aufhören?

Es sind Themen, die sich auch

30 Jahre nach dem Mauerfall steht das Land vor neuen Herausforderungen. Carlo Eggeling zieht nach seiner Grenzerfahrung eine Bilanz

in Thüringen, Schleswig-Holstein und eben bei uns finden lassen. Hinter Dahlenburg in Richtung Wendland und im Amt Neuhaus.

Ein Beispiel ist das Wohnen. Während Menschen in den Metropolen und ihrem Umland wie in Lüneburg an die Grenze dessen kommen, was sie bezahlen können, ist es in anderen Landstrichen gefühlt spottbillig.

Der Harz hat – sofern man das mit einem zugebenermaßen eher kurzen Blick beurteilen kann – einen Schwung Probleme. Außerhalb der größeren Orte stehen viele Häuser leer. Wer kaufen möchte, kann das billig tun, das zeigt ein Blick in den Immobilienmarkt der Goslarischen Zeitung. Ein 130-Quadratmeter-Haus in Wildemann wird für 95000 Euro angeboten – wahrscheinlich mit Spielraum nach unten. Selbst mitten in Goslar ist eine 90-Quadratmeter-Wohnung für 500 Euro im Monat zu mieten. Unvorstellbar im Hamburger Land.

Das Gymnasium kämpft um Schüler

Noch ein Blick in die Zeitung: In Braunlage haben sich für den Sommer 14 Schüler für die neue fünfte Klasse des Gymnasiums angemeldet, noch weniger als in den Vorjahren. In Hohegeiß hat man Grundschulklassen zusammengelegt. Als ich in Bad Harzburg essen gehe, erzählt mir eine Kellnerin, in St. Andreasberg gebe es nur noch einen Markt in der Oberstadt, wer nicht gut zu Fuß ist und in der Unterstadt wohnt, hat ein Problem.

Dazu kommt eine Politik, die nach der Wende die Zonenrandförderung im Westen radikal versiegen ließ, um ein paar Kilometer weiter östlich die Gießkanne herauszuholen. Rund um Gudow im Lauenburgischen ist alles sehr idyllisch, auf der anderen Seite zwischen Zarrentin und Wittenburg im Mecklenburgischen liegen auf riesigen Flächen Unternehmen, die hier Platz und vor allem Zuschüsse geboten bekamen, dazu geringere Löhne als etwa in Hamburg.

Der Erfolg ist ja vielerorts überschaubar. Denn die blühenden Landschaften, von denen Kanzler Helmut Kohl im Über-schwang sprach, sind offensicht-

lich in weiten Teilen des Ostens nicht entstanden. Dazu kamen verwelkende im Westen. Nicht umsonst besteht die Forderung, den Soli zu überdenken und eben auch die sogenannten strukturschwachen Räume beispielsweise im Ruhrgebiet oder der Westpfalz mit in den Blick zu nehmen.

Die Jungen gehen, die Alten bleiben. Das habe ich immer wieder gehört. Die Zentren wirken wie ein Magnet: Es gibt Arbeit, Hochschulen, Gastronomie, Kino und Theater. Das Grundgesetz spricht von gleichwertigen Lebensverhältnissen. Ein schönes Ziel. Doch weit weg in vielen Gemeinden.

Die Feuerwehr als Teil der Gemeinschaft

In Fladungen, der nördlichsten Stadt Bayerns, ist es selbstverständlich, ins Südthüringische Staatstheater nach Meiningen zu fahren, für einen neuen Film nach Fulda und zur Arbeit im Extremfall gut 100 Kilometer bis nach Würzburg. Wer hier zu Hause ist, freut sich über ein Haus, ein Idyll und macht im Karnevalsverein und bei der Feuerwehr mit – Engagement in und für die Gemeinschaft. Das kann ziemlich glücklich machen. Das ist auch im Lüneburger Land zu beobachten, wo Landfrauen ohne eigenen Bauernhof zusammen kochen, wo sich Männer und Frauen regelmäßig zum Dienst im Spritzenhaus treffen und selbstverständlich auch Kinderfeste und Osterfeuer organisieren.

Nordhalbens Bürgermeister Michael Pöhnlein ist inzwischen eine Art Prophet geworden. Er hält am 6. Juni, 19 Uhr, im Rahmen der kulturellen Landpartie in der Kulturbrauerei in Kusse-bode im Wendland einen Vortrag: „In Dörfern an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze machen Läden, Arztpraxen und die Post dicht. Eine oberfränkische Gemeinde wehrt sich.“ Das funktioniert nur, wenn man neue Wege geht.

Seine Kernbotschaft ist simpel: Deutschlands 100-Prozent-Regeln funktionieren nicht überall. Eben weil diese Messlatte der Landes-, Bundes- und EU-Normen, die alles perfekt machen will, dazu führt, dass Kommunen und Wirtschaft Schulen, Freibä-

der, Büchereien und Bankfilialen schließen oder Busse nicht mehr fahren oder Feuerwehren mangels Mitgliedern und Vorgaben kurz vor der Auflösung stehen.

Pöhnlein bezieht sich immer wieder auf Thesen von Reiner Klingholz und Uwe Arnhein, der eine Direktor des Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, der andere Leiter Zukunftsfonds bei der Generali-Versicherung. In einem Papier schreiben die beiden: „Die Alternative zu einer unerreichten 100-Pro-

zent-Norm bedeutet für die betroffene Bevölkerung also häufig null Prozent Versorgung bei einem bestimmten Angebot: Dann fährt eben gar kein Bus mehr, die Arztpraxis wird dicht gemacht und der Kindergarten geschlossen. Die Idee, dass den Menschen vor Ort angesichts der Alternative auch ein 90-Prozent-Angebot ausreicht, wird vielfach ausgeblendet. Käme es hier zu einem generellen Umdenken, könnte manche Schule erhalten bleiben, statt Bussen würden an-

dere Verkehrsmittel die Menschen von A nach B bringen und Gemeinden selbst Arztpraxen betreiben, Alten-WGs und Kindergärten würden entstehen.“

Warum gibt es keine rollende Zahnarztpraxis?

Ja, man muss vielleicht Schul-klassen zusammenlegen und damit leben, dass bestimmte Größen nicht erreicht werden. Telemedizin und eine rollende Zahnarztpraxis, die auf die Dörfer kommt, bieten Alternativen. Vielleicht ist ein öffentlicher Bus weniger defizitär, wenn der Fahrer Briefe und Sendungen für eine Poststation irgendwo weit draußen mitnimmt. Vielleicht kann der schicke Arbeitsplatz, der vor allem gute Internetverbindungen braucht, in der Rhön sein, statt in einem Loft im Sze-neviertel? Würde natürlich ein Umdenken der universitär geprägten Gesellschaft bedeuten.

Die etablierte Politik in Bundestag und Länderparlamenten fühlt sich in den größeren Städten wohl, sie kann sich wie wahn-sinnig über irgendeinen Internet-Aktivist aufregen, der eine unliebsame Meinung millionenfach verbreitet. Die Folge davon habe ich beispielsweise in Heldburg in Thüringen erlebt. Da konnten die Bürger parallel zur Europa-Wahl über die Gemeinderäte abstimmen. Eine CDU gibt es dort noch, eine SPD nicht mehr. Dafür die AfD und Neo-Nazis. Es mögen sich offenbar nur wenige in den gewohnten Parteien für ihre Dörfer und Städte einsetzen – wenn sie es denn überhaupt tun.

Sonst bleibt ein gewisser Galgenhumor wie der des Nordhal-bener Wirtes Matthias Ströhlein. Die Einheimischen klagen, sein Bier sei mit 2,70 Euro zu teuer: „In München oder Stuttgart zahlt man das Doppelte.“ Doch er muss sechs Halbtagskräfte bezahlen, eine Frau hat der gelernte Koch nicht, die mit anpackt. Er arbeite sechs Tage die Woche, da sei keine geblieben. Also hat er keinen Nachfolger. Er lacht und sagt: „Nach mir ist Schluss, aber es sind schon Adelsgeschlechter ausgestorben.“ Es klingt bitter.

Wenn das Land nicht noch weiter auseinander driften will, müssen wir es schaffen, dass die Provinz besser Gehör und Unterstützung findet. Provinz ist nämlich überall. Und sie ist schön und liebenswert, mit Menschen, die kämpfen für ihr Zuhause in Nordhalben, Fladungen, dem Wendland und im Amt Neuhaus.



Knapp 1400 Kilometer zieht sich die ehemalige Grenze von Hof in Bayern bis nach Travemünde an der Ostsee.



Ein Selfie am Ende der Tour: Nach rund 1400 Kilometern hat LZ-Chefreporter Carlo Eggeling Travemünde erreicht.